

Empfehlung für einen Musterantrag zur Lage der Kommunalfinanzen

Belastungen der Kommunen durch WestLB-Beschlüsse

Die CDU-FDP-Landesregierung hat sich mit den Sparkassenverbänden auf einen Rettungsplan für die WestLB geeinigt. Ohne die Beschlüsse im Einzelnen zu analysieren, sind allerdings *negative Folgen dieser Verlustabdeckung von 5 Mrd. Euro für die Städte und Kreise* abzusehen. (Zu den Hintergründen siehe den Aufsatz von Christina Zett im Landesinfo 1-2008 und von Bernhard Sander in www.sozialismus.de)

Wie genau sich die Beschlüsse auswirken, kann man durch eine Reihe von Fragen klären, die man als Fraktions- oder Bürgerantrag einbringen kann:

- Wie hoch ist der Anteil der örtlichen Sparkasse an der Verlustübernahme?
- Wie wird dies abgedeckt: durch Gewinnentnahmen, durch Griff in die Rücklagen oder müssen sogar Kredite aufgenommen werden?
- Wie hoch werden die Fehlbeträge in der Gewerbesteuer der Stadt / des Kreises ausfallen, wenn die örtliche Sparkasse diese Verluste mittragen muss?
- Wie wird betriebswirtschaftlich von der örtlichen Sparkasse auf die neuen Belastungen reagiert? Wird es insbesondere zu Filial-Schließungen, restriktiverer Kreditvergabe und anderen Service-Einschränkungen kommen?

Wir können über die Offenlegung und die Darstellung der negativen Folgen des WestLB-Deals Aufmerksamkeit und Anerkennung über unsere bisher angestammten Kreise hinaus erzielen.